



Branner-Brücke nicht umbenannt

Neue Namen für Haus und Halle

Es sollen nicht sämtliche Verdienste von Karl Branner und Willi Seidel für Kassel infrage gestellt werden. Die Frage muss aber lauten: Eignen sich die ehemaligen SPD-Oberbürgermeister mit ihrer Vergangenheit als Vorbilder für die heutige Zeit? „Es geht nicht darum, ob wir in der NS-Zeit anders, besser, mutiger gewesen wären, sondern wie wir das Handeln von Menschen aus ihrer Zeitgeschichte heraus bewerten, ohne zu verurteilen oder besserwisserisch zu sein“, machte der grüne Fraktionschef Dieter Beig deutlich. „Wen soll man ehren, war die Ausgangsfrage. Verkürzt gesagt, diejenigen, die mit ihrer ganzen Persönlichkeit Vorbild sein können für künftige Generationen.“ Aus grüner Sicht trifft dies weder für Branner noch Seidel zu.

Tafel statt neuem Namen

Nach zweistündiger Diskussion fiel in der Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung. Das Willi-Seidel-Haus und die Karl-Branner-Halle im Rathaus werden umbenannt, die Karl-Branner-Brücke über die Fulda (Foto) behält hingegen ihren Namen. Dort soll allerdings eine Infotafel über Branners NS-Vergangenheit aufklären.

Keine Distanz zur Vergangenheit

Die grüne Fraktion, die während der Sitzung um Sachlichkeit bemüht war, hatte sich eine konsequentere Lösung gewünscht und in ihrem Antrag auch die Umbenennung der Branner-Brücke gefordert. Denn nach ihrer Ansicht hat Branner nach dem Krieg seine Vergangenheit nie öffentlich aufgearbeitet. Die grüne Fraktion wollte außerdem das Stadtmuseum bitten, sich der Biografien der beiden ehemaligen Oberbürgermeister anzunehmen.



*Die Stadt Kassel hatte vier Historiker*innen mit einer Studie beauftragt, die die NS-Vergangenheit der früheren Kasseler Oberbürgermeister Willi Seidel, Lauritz Lauritzen und Karl Branner beleuchten soll. Als Ergebnis kam heraus, dass zumindest Seidel und Branner „stark NS-belastet“ waren.*

Ein ausgewogenes Paket

Sportförderung setzt richtige Akzente

Die neue Sportförderung setzt aus grüner Sicht die richtigen Akzente. „Die Förderung von Personalkosten in den Vereinen ist neu und wichtig. Die Vereinsarbeit muss strukturell gestützt werden“, betont Boris Mijatovic, sportpolitischer Sprecher der grünen Fraktion. Auch Energiekostenzuschüsse entlasten die Vereine spürbar. Dazu bleibt der Jugendzuschuss auf hohem Niveau, und eine Abgabe für knappe Hallenzeiten wird es nicht geben. „Das ist ein insgesamt ausgewogenes Paket“, erläutert Mijatovic.

Kritik der CDU an den Richtlinien und deren Forderung, nur Vereine zu fördern, weist Mijatovic zurück: „Die Förderung von Sport beginnt nicht mit der

Vereinsmitgliedschaft. Die Vorlage hat mit der Förderung von Sport in Kindertagesstätten ein wichtiges Thema aufgegriffen. Und jedes sportliche Angebot in einem Jugendzentrum ist eine passive Unterstützung der Vereinsarbeit, da es die Chancen deutlich erhöht, dass ein Jugendlicher sich in einem Verein engagiert.“

Auch neue Sportarten brauchen laut Mijatovic Unterstützung. Vereine reagieren aus seiner Sicht auf Aktivitäten wie Zumba oder Parkour. Sport muss für Jugendliche attraktiv bleiben. Städtische Planung muss auch auf den Trend in der Bevölkerung zu vereinsungebundenen Aktivitäten wie Laufen und Radfahren reagieren.



Eine Schule für alle

Kooperation zwischen Land und Stadt Kassel

In Kassel startet der Prozess zur „Modellregion Inklusive Bildung“. Der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Kassel stimmten die Stadtverordneten zu und legten damit den Grundstein für den Ausbau des inklusiven Unterrichts. Ziel ist es, die allgemeinen Schulen in ihrem inklusiven Prozess zu unterstützen und zu begleiten.

Chance auf Regelschule

Eltern sollen so die Möglichkeit bekommen, ihr behindertes oder beeinträchtigtes Kind auf eine Regelschule zu schicken. Dabei geht es um eine Wahlfreiheit, nicht um eine Verpflichtung, denn auch der Besuch einer entsprechenden Förderschule bleibt möglich.

Stellen und Mittel sicher

Die Kooperationsvereinbarung stellt sicher, dass ehemalige Stellen von Lehrer*innen an Förderschulen sowie die finanzielle Ausstattung von Schulen erhalten bleiben. Das entspricht dem Leitgedanken „Ressource folgt dem Kind“. Zu den nötigen Maßnahmen an allgemeinen Schulen gehören zum Beispiel die Installation von Akustikdecken, die Anschaffung von technischen Geräten für den Unterricht oder der Einbau von Rollstuhlrampen und barrierefreien sanitären Anlagen.

Beitrag zu Toleranz

Aus grüner Sicht trägt das Modell „Eine Schule für alle“ zu Toleranz und Verständnis bei, es garantiert allen Kindern und Jugendlichen eine Teilhabe an Bildung. „So funktioniert lernen voneinander und miteinander“, erklärt Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Sprecherin für Bildung.

Konzept für Kasseler Osten

Strategie mit Maßnahmen und Modellprojekten



Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Kasseler Osten (ISEK) umfasst vier Stadtteile. Es beinhaltet 70 Einzelmaßnahmen und 13 Modellprojekte für Bettenhausen (Foto), Forstfeld, Unterneustadt und Waldau. Diesem umfangreichen Maßnahmenkatalog stimmte die Stadtverordnetenversammlung nun zu.

Umfassende Bürgerbeteiligung

Der Konzeptentwurf startete bereits 2012 unter Beteiligung der vier betroffenen Ortsbeiräte, Expert*innen, lokaler Unternehmen und Bürger*innen. „Und auch Jugendliche und Kinder konnten ihre Wünsche und Ideen einbringen“, betont Joachim Schleißing, Ortsvorsteher Unterneustadt und grüner Sprecher für Stadtentwicklung. Das Entwicklungskonzept soll der Politik und der Verwaltung in den nächsten 15 Jahren als Orientierungshilfe und Planungsinstrument dienen, und bei allen Entscheidungen sollen die festgelegten Ziele berücksichtigt werden.

Das Konzept formuliert Ziele und Strategien für eine positive Entwicklung

der früher oft vernachlässigten Stadtteile. Die Aktivitäten reichen vom Bau eines Mehrgenerationenspielplatz in Bettenhausen über die Sanierung von Wohnraum in Forstfeld und Waldau bis zu einer besseren Anbindung der Unterneustadt an die Innenstadt. Auf dem Plan stehen auch stadtteilübergreifende Maßnahmen und Leitlinien. Dazu gehören unter anderem mehr Sport-, Spiel- und Bewegungsangebote für junge Menschen und Familien, weniger Belastungen durch Autoverkehr sowie bessere sozial- und bildungsbezogene Netzwerkstrukturen.

Wirtschaftsförderung gehört ebenfalls zum Konzept. Joachim Schleißing hatte dazu eine beeindruckende Zahl parat: 30 Prozent der Wirtschaftsleistung aller 23 Stadtteile stammen aus den vier Stadtteilen im Osten.

Auf der Grundlage des ISEK sollen auch Anträge für Fördergeld aus dem Europäischen Strukturfonds und aus Städtebauprogrammen von Bund und Land gestellt werden.

Großer Kreisel oder Kreuzung

Planungsauftrag ohne Brücken-Variante

Auf dem Platz der Deutschen Einheit wird es keine Brücke für Autos geben. Die Stadtverordneten beschlossen, den Planungsauftrag für einen Kreisel oder eine

Kreuzung zu vergeben. Die Idee einer Brücke, die den Verkehr der Bundesstraße 83 über die Leipziger Straße führt, soll nicht weiterverfolgt werden. Laut eines Gutachtens würde eine solche Variante mehr als 20 Millionen Euro kosten. Hinzu kämen immens hohe Folgekosten.

Für die Grünen entstünden durch den Bau einer Brücke unverantwortlich hohe Kosten. Daher sprach sich die Fraktion dagegen aus, die finanziellen Mittel in der Höhe und auf lange Sicht zu binden und somit wichtigeren Verkehrsprojekten zu entziehen.

Mobilität der Zukunft

VEP 2030: Empfehlungen für Verkehrsplanung

Der Fokus grüner Verkehrspolitik liegt auf gleichberechtigter Teilhabe aller Verkehrsteilnehmer*innen. Dieser Anspruch spiegelt sich aus grüner Sicht auch im Verkehrsentwicklungsplan 2030 (VEP), dessen zukünftige Maßnahmen die Stadtverordneten nun beschlossen haben.

Politik mit den Menschen

Das verabschiedete Paket orientiert sich an den heutigen und zukünftigen Bedürfnissen der Menschen in Kassel und versucht, die verschiedenen Interessen in Einklang zu bringen. „Unsere Politik ist für alle Verkehrsteilnehmer*innen, und wir machen sie mit den Menschen“, erklärt Gernot Rönz, verkehrspolitischer Sprecher der grünen Fraktion.



Situation unter der Lupe

Der VEP 2030 legt die strategischen Grundsätze und Leitlinien der zukünftigen Verkehrsentwicklung für die nächsten 15 bis 20 Jahre fest. Die Ziele hatten die Stadtverordneten bereits im Dezember 2014 beschlossen. Nun war es um die dafür geeigneten Maßnahmen gegangen. Experten hatten für den VEP die aktuelle Verkehrssituation mehrere Monate unter die Lupe genommen. Aus diesen wertvollen Erkenntnissen ergaben sich mehr als 270 Empfehlungen dafür, wie der Verkehr zukünftig in und um Kassel reibungslos laufen kann und wie Sicherheit und Umweltschutz verbessert werden können. Zu den möglichen Maßnahmen zählen beispielsweise, mehr Fußgängerüberwege auf Hauptverkehrsstraßen zu schaffen und von Radler*innen und Fußgänger*innen gemeinsam genutzte Wege zu trennen. Der VEP widmet sich allen Verkehrsmitteln bzw. Fortbewegungsarten Fuß, Rad, Bus, Straßenbahn und Eisenbahn, Pkw- und Wirtschaftsverkehr.

Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion im Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
Tel: 0561 7871294
info@gruene-kassel.de
www.gruene-fraktion-kassel.de